

Die linke Zeitung für Mittelsachsen

Im Internet direkt unter: www.linksworte-mittelsachsen.de
oder über die Seite des Kreisverbandes: www.dielinke-mittelsachsen.de

Mittelsächsische LinksWorte

19. FEBRUAR 2020

NR. 150

14. JAHRGANG



Am 8. März begehen wir - wie alljährlich - den Internationalen Frauentag. Und wir ehren Clara Zetkin, die am 5. Juli 1857 in Wiederau als Tochter des Kirchschullehrers Gottfried Eißner und Josephine Vitale geboren wurde. Wie alljährlich findet auch in diesem Jahr im Museum in der alten Dorfschule mit der Dauerausstellung zum Leben und Wirken von Clara Zetkin die traditionelle Frauentagsveranstaltung statt. In diesem Jahr bereits am Vorabend des 8. März. Wir berichten über die Vorbereitung des Frauentages in Mittelsachsen.

DIE DREI TITELTHEMEN DIESER AUSGABE:

1. ANALYSIERT:

**STRATEGIE- UND STRUKTURDEBATTE
BEI DER LINKEN**

2. INFORMIERT:

**BESUCH MIT EINER DELEGATION DES KREIS-
TAGES IM POLNISCHEN PARTNERKREIS**

3. BERICHTET:

**NEUE BÜRGERBÜROS DER LINKEN IN
DÖBELN UND MITTWEIDA NEHMEN FAHRT AUF**

2	editorial & standpunkt
3	kolumne & dialog in mittweida
4/5	titelthema 1: Strategie- und strukturdebatte bei der linken
6	titelthema 2: mit einer kreistagsdelegation in polen
7	us-manöver & internationaler frauentag
8	titelthema 3: neue bürgerbüros in döbeln und mittweida
9	das frühe kz sachsenburg
10	unsere serie zur politischen bildung: beitrag -54 -: der kapp-putsch
11	kreisvorstand & jahrestage & glückwünsche
12	termine & querbeet

Die nächste gedruckte Ausgabe der „Mittelsächsischen LinksWorte“ erscheint am **Mittwoch, dem 18. März 2020. Redaktionsschluss** ist am **Mittwoch, dem 11. März**. Unsere Leser bitten wir darum, für den Druck und die Auslieferung der „Mittelsächsischen LinksWorte“ an die Ortsverbände der LINKEN und die Bürgerbüros der LINKEN im Landkreis Mittelsachsen zu spenden.

Spendenempfehlung: 12,00 Euro als Jahresbeitrag.
Geldspenden unter Angabe des Verwendungszwecks „Spende für LinksWorte“ sind auch unter folgender Bankverbindung möglich:

DIE LINKE. Mittelsachsen

Sparkasse Mittelsachsen

IBAN: DE 87 8705 2000 3115 0282 10

BIC: WELADED1FGX

Kritische und polemische Zuschriften sind von der Redaktion ausdrücklich erwünscht.

Bei Veröffentlichung bringen sie jedoch nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion zum Ausdruck.

Impressum

Herausgeber:

DIE LINKE.

KREISVORSTAND MITTELSACHSEN

Postanschrift der Redaktion:

Kreisgeschäftsstelle der LINKEN

Redaktion „LinksWorte“

09599 Freiberg, Lange Straße 34

Telefon: 0 37 31 - 2 22 56

Telefax: 0 37 31 - 20 21 40

e-mail: hans.weiske@dielinke-mittelsachsen.de

Redaktion:

Eyk Fechner, Ruth Fritzsche,

Achim Grunke, Gottfried Jubelt, Kati Voigt,

Hans Weiske (verantw. i.S.d.P.)

Layout und Satz:

A • Bi • Te

Agentur für Bild und Text Dr. Hans Weiske

Birkenstraße 23 b

09557 Flöha/OT Falkenau

Druck:

Druckerei Willy Gröer GmbH & Co. KG

Kalkstraße 2, 09116 Chemnitz

Internet: Die „LinksWorte“ findet man direkt oder über die Webseite des Kreisverbandes der LINKEN. Durch einen Klick kann man dort neben der jeweils aktuellen Ausgabe ein Archiv mit allen seit September 2007 erschienen Ausgaben der „LinksWorte“ öffnen.

aus der redaktion

Liebe Leserinnen und Leser,

der Schock des 5. Februar 2020 sitzt tief. Zum ersten Mal hat Deutschland - wenn auch nur für wenige Wochen und inzwischen auch nur noch geschäftsführend - einen Ministerpräsidenten von AfD-Gnaden. Und die Schockwelle hat inzwischen die CDU und die FDP mit aller Kraft erfasst. Wir gehen im nebenstehenden Standpunkt und in unserer Kolumne auf diesen politischen Dammbbruch ein, dessen weitere politische Konsequenzen überhaupt noch nicht vorhersehbar sind: in Berlin nicht und auch nicht in Erfurt.

Inzwischen ist DIE LINKE, abgesehen von den eben genannten Verwerfungen, wieder im politischen Alltagsgeschehen angekommen. Auf der Strategiekonferenz am 29. Februar und 1. März wird der gemeinsame künftige Weg der LINKEN diskutiert. Wir werden in unserer März-Ausgabe darüber berichten. Auf einer Klausurberatung des Landesvorstandes und im Landesrat der sächsischen LINKEN wurden wichtige Festlegungen in Umsetzung der Beschlüsse des Landesparteitages vom November und des „kleinen Parteitages“ vom Dezember 2019 beraten. Eine besondere Bedeutung kommt dabei der „Strukturdebatte 2020“ zu, deren Auftakt ein erstes Treffen des neu geschaffenen Strukturplenums am 4. Februar bildete. Wir informieren im Titelthema -1-. Durch die Mitgliedschaft von Eyk Fechner im Landesvorstand und von Toni Christoph im Landesrat sind wir aus erster Hand und detailliert informiert.

Der im November gewählte neue 14-köpfige Kreisvorstand ist in diesem Jahr bereits zu zwei Sitzungen zusammengekommen. Über die Schwerpunkte der Beratung am 5. Februar informieren wir auf Seite -11-. Besonders ging es dabei um die politischen Höhepunkte der kommenden Monate, die im Kreisverband zu organisieren sind. Das sind vor allem der Internationale Frauentag am 8. März, die Proteste am 9. April in Frankenberg gegen das US-Manöver Defender 2020, der Tag der Arbeit am 1. Mai sowie der 75. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus am 8. Mai.

Mit der Regionalkonferenz in Waldheim hat die Region Döbeln den Auftakt gegeben. Die Regionalkonferenzen in Mittweida am 31. März und in Freiberg am 1. April werden folgen. Inzwischen ist die Arbeitsfähigkeit der beiden neuen Bürgerbüros unserer Landtagsabgeordneten Marika Tändler-Walenta in Mittweida und Döbeln hergestellt und Eyk Fechner fungiert ehrenamtlich als Kreisgeschäftsführer. Unseren heutiger Beitrag unserer Serie zur politischen Bildung und Information beschäftigt sich mit dem Kapp-Putsch vom 13. März 1920, der durch den größten Generalstreik in der deutschen Geschichte zum Scheitern gebracht werden konnte. Wir haben uns im Redaktionskollektiv über die Schwerpunkte der Serie in diesem Jahr beschäftigt. Es wird Beiträge anlässlich des 150. Geburtstages von W.I. Lenin am 22. April und des 200. Geburtstages von Friedrich Engels am 28. November geben. Unseren Leserinnen und Lesern wünschen wir wie allmonatlich eine interessante und anregende Lektüre.

„ein ministerpräsident von nazis gnaden - für mich ein unerhörter vorgang“

von RUTH FRITZSCHE

Die für den 05. Februar 2020 angekündigte Wahl von Bodo Ramelow zum Ministerpräsidenten von Thüringen führte schon im Vorfeld bei mir zu einem unguuten Gefühl, weil ich ja schon wusste, dass die FDP im dritten Wahlgang ihren Kandidaten Kemmerich aufstellen will.

Ich war an diesem Tag in unserer Geschäftsstelle und hatte die Möglichkeit, mich zur gegebenen Zeit über meinen Computer über den Fortgang der Wahl zu informieren. Bei den ersten beiden Wahlgängen erhielt Bodo Ramelow statt der möglich 42 Stimmen (die Anzahl der vom Bündnis rot-rot-grün bei der Wahl erreichten Stimmen) 43 bzw. 44 Stimmen, was nun automatisch zum dritten Wahlgang führen musste, denn die erforderlichen 46 Stimmen wurden nicht erreicht.

Gegen 13.30 Uhr, als die Ergebnisse des dritten Wahlganges bekannt gegeben wurden, musste ich mit Erschrecken feststellen, dass der Kandidat Kemmerich mit 45 Stimmen zum Ministerpräsidenten gewählt wurde, während Bodo Ramelow nur 44 Stimmen erhielt. Die AfD konnte es sich nicht verkneifen, sofort die Abwahl von Bodo Ramelow zu verkünden. Ich war darüber fix und fertig, war allein in unserer Geschäftsstelle und konnte mich zu dieser Zeit mit Niemandem austauschen. Inzwischen kam aber schon heraus, dass dieser Kemmerich mit allen Stimmen der AfD, den Stimmen der FDP und dann auch noch mit den Stimmen der CDU gewählt wurde, deren Enthaltung man erwartet hatte. Da ich meine Entrüstung los werden wollte, rief ich meinen Bruder in Pirna an, der leider noch nichts wusste, aber nun meinen ganzen Verdross entgegen nehmen musste. Beruhigen konnte ich mich nicht. In der Zwischenzeit erfolgte seitens vieler demokratischer Kräfte, natürlich auch von unserer Parteispitze, die entsprechende Antwort auf diesen gemeinen Verrat, besonders dem der CDU und der FDP. Ich erfuhr, dass vor dem Thüringer Landtag und anderswo in vielen weiteren Städten die Menschen auf die Straße gingen und dort ihren Unwillen zum Ausdruck brachten. Dadurch kam ich langsam zur Ruhe und musste mich mit diesem leidvollen Thema abfinden, das in der Folgezeit ja auch in den Medien entsprechend negativ behandelt wurde.

In der kommenden und aktuellen medialen Berichterstattungen ist für mich das „neue deutschland“ besonders wertvoll. Schon am Donnerstag, dem 06.02. war dort zu lesen: „Ministerpräsident von Nazis Gnaden!“ Der Faschist Höcke verbeugt sich vor Kemmerich. Und dazu die Meinung von Wolfgang Hübner: „Der 5. Februar 2020, die Wahl eines Regierungschefs mit den Stimmen der AfD, ist ein Datum der Schande der politischen Dammbbruch nach rechts, vor dem oft gewarnt wurde - dieser Dammbbruch hat sich nun in Thüringen ereignet.“

auf seite - drei -
- immer konsequent links -

unser monatlicher
aktueller meinungsbeitrag

Noch nie hat ein Wort in der politischen Landschaft in Deutschland eine solche Inflation erlebt, wie das Wort „Dammbruch“ nach dem 5. Februar. Der Rechtsputsch von Erfurt dürfte dramatische Auswirkungen auf die politische Kultur in diesem Land haben. Ich schreibe diese Zeilen am 12. Februar, genau eine Woche nach dem politischen Erdbeben im Erfurter Landtag. Hinter mir liegen „Mammutsitzungen“ am Fernseher, unter anderem bei Anne Will und Frank Plasberg, das Abrufen der Live-Blogs in den diversen Online-Medien und nicht zuletzt die tägliche intensive Lektüre des „neuen deutschland“ und der „Freien Presse“. Und täglich wird über Neues, Unvorhergesehenes aus Berlin und Erfurt berichtet. Ich bin mir sicher, wenn diese Zeitung in der kommenden Woche unsere Leserinnen und Leser erreicht, wird vieles schon nicht mehr so sein, wie es heute ist oder in der vorigen Woche war. Siehe nur den vorgestern angekündigte Rückzug von Annegret Kramp-Karrenbauer als Parteivorsitzende.

Es gibt zwei spannende Handlungsbogen für die kommenden Wochen: **Zum einen, wie geht es in Thüringen weiter und zum zweiten, was passiert in Berlin.** Die aktuelle Situation in Thüringen ist absurd: Der politische Hasardeur Thomas Kemmerich (FDP) ist geschäftsführender Ministerpräsident ohne Minister, das heißt, es gibt faktisch keine Landesregierung. In den Ministerien treffen Staatssekretäre von Rot-Rot-Grün administrative Entscheidungen auf der Basis des bestätigten Landeshaushaltes für 2020. Nach Auffassung der LINKEN in Thüringen braucht es jetzt so schnell wie möglich eine Landesregierung mit Bodo Ramelow, die sich um das Regierungsgeschäft kümmert. Dann kann man geordnet in Neuwahlen gehen (welche der LINKEN nach aktuellen Umfragen fast 40 Prozent der Stimmen und der CDU einen Einbruch in die Nähe der Zweistelligkeit bringen würden). Die Krux bei der Wahl von Bodo Ramelow: Er muss von den demokratischen Parteien gewählt werden. Susanne Hennig-Wellsow erklärt dazu im „nd“-Interview: „Wenn das schief geht, und wenn wir vorher nicht dokumentieren können, dass er ohne die Stimmen von Faschisten gewählt werden kann, dann werden wir Bodo Ramelow auch nicht aufstellen. Spätestens dann muss das Parlament den Weg frei machen für Neuwahlen“.

Und in Berlin? Katja Kipping erklärte unmittelbar nach dem angekündigten Rückzug von Kramp-Karrenbauer, dass das die direkte Folge der Äquidistanz der CDU gegenüber Linken und Faschisten sei. Diese „Hufeisentheorie“, die linke Demokraten und rechte Faschisten gleichsetze, müsse endlich entsorgt werden. Der Bundesvorstand der CDU und die Spitze der Unionsfraktion halten derweil strikt an der Abgrenzung zu AfD und Linkspartei fest. Man setze AfD und Linkspartei jedoch nicht gleich - sondern habe jeweils spezifische Gründe, eine Zusammenarbeit abzulehnen. So gebe es in der Linkspartei immer noch Gruppierungen, die vom Verfassungsschutz beobachtet würden. Es bleibe dabei: Weder „sozialistischer Mief“ noch „Rechtsradikale wie der Thüringer AfD-Politiker Björn Hocke“ würden Deutschland gut tun. (hw)

dialog - kontrovers - extra an der hochschule mittweida

von EYK FECHNER

Am 22.01.2020 veranstaltete die Landeszentrale für politische Bildung in Kooperation mit der Hochschule Mittweida eine Podiumsdiskussion zum Thema „Nach der Landtagswahl 2019 - Wie weiter Sachsen?“. Geladen wurden Vertreter*innen aller Oppositions- und Koalitionsparteien im sächsischen Landtag. Pünktlich 19.00 Uhr begann die Veranstaltung und Iris Firmenich (CDU), Sabine Friedel (SPD), Marika Tändler-Walenta (DIE LINKE), Wolfram Günther (Grüne) und Thomas Kirste (AfD) nahmen nach einer kurzen Vorstellung ihre Plätze ein.

auch weiterhin Probleme mit z.B. Armut haben werden – „Altersarmut, Kinderarmut und Arm trotz Arbeit“ – werden auch am Ende der Legislatur noch große Themen in Sachsen sein.

Weiter ging es mit dem Thema Bildung. Firmenich fiel es augenscheinlich schwer, sich vom alten Schulsystem zu verabschieden und Platz für einen Neuanfang, durch die Einführung von Gemeinschaftsschulen, zu machen. Doch die CDU hatte gar keine andere Wahl als dieses Thema mit in den Koalitionsvertrag aufzunehmen, denn im vergangenen Jahr wurden 50.120 Unterschriften zu diesem Thema von SPD, Grünen, Gewerkschaften und nicht unbeachtlich von uns Linken gesammelt. Doch die Einführung von Gemeinschaftsschulen kann nicht



Im Podium der Veranstaltung in Mittweida: Thomas Kirste (AfD), Iris Firmenich (CDU), Wolfram Günther (Grüne), Marika Tändler-Walenta (LINKE), Sabine Friedel (SPD) und der Moderator der Veranstaltung von MDR Kultur (von links).

Nach einem kurzen Einstieg über die Verhandlungen der Koalitionspartner wurde auch Kirsten, welcher einst als Mitarbeiter an der Hochschule in Mittweida tätig war, das Wort erteilt. Er hatte seinen ersten Satz nicht einmal beendet, da standen einige Studenten aus dem Publikum auf und hielten ein Banner hoch. „Keine Bühne für die AfD“ war darauf zu lesen. Nachdem die jungen Demonstrant_innen friedlich den Saal verlassen hatten äußerte sich Kirsten, dass er „kein Nazi“ sei und „jede Form von Sozialismus ablehne, sowohl Nationalsozialismus als auch den demokratischen Sozialismus“. Unsere Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete Marika Tändler-Walenta begrüßte den kleinen Auftritt der Antifaschisten und sprach sich ganz klar gegen die AfD und ihre Mitglieder aus. Sie betonte, dass sie sich von dieser Partei nicht den Platz nehmen lässt, ihre Überzeugung und die Arbeit der Linken in die Öffentlichkeit zu tragen.



Wieder beim Thema „Koalitionsvertrag“ sagte nicht nur Marika, dass die Koalition ein Zweckbündnis sei – auch Grüne und SPD gaben dieser Aussage recht. Dennoch sprachen sich alle demokratischen Parteien dafür aus, dass der Vertrag im Groben und Ganzen gut sei. „Der Vertrag ist ein Schritt in die richtige Richtung“ so Tändler-Walenta. Jedoch befürchtet sie, dass wir in Sachsen

die einzige Verbesserungsmaßnahme im Bereich der Bildung sein. Der Fachkräftemangel ist auch weiterhin ein bedeutendes Problem dem wir, vor allem im ländlichen Raum, entgegenwirken müssen. Junge Lehrer_innen sollten beispielsweise in Schulen eingeladen werden, um sich einen ersten Eindruck verschaffen zu können.

Zudem wäre es wichtig Einzelgespräche mit ihnen zu führen oder auch die Fahrtkosten zu erstatten – so die Vorschläge von Marika Tändler-Walenta.

Im weiteren Verlauf ging es auch noch um die Jugendarbeit im Freistaat. Hier betonte die Landtagsabgeordnete Firmenich, dass die CDU, Jugendarbeit stärken und unterstützen, sowie jugendpolitische Bildung gerade außerhalb von Schulen ausbauen möchte. Unsere Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete Tändler-Walenta forderte hier die Erhöhung der Jugendpauschale.

Nach etwa zwei Stunden war die Veranstaltung zu Ende. Fazit des Abends: Die Koalitionsparteien sind von einer guten Zusammenarbeit überzeugt und strahlen das auch fünf Monate nach der Landtagswahl aus. Es bleibt abzuwarten wie es sich in nächster Zeit entwickelt. Jedoch ganz klar zu sehen und positiv zu bewerten war, dass sich die Vertreterinnen und Vertreter von CDU, Grüne, SPD und unserer LINKEN von der AfD distanzieren.

Am 29. Februar und 1. März findet die erste Etappe der Strategiedebatte in der LINKEN mit der Strategiekonferenz in Kassel ihren Abschluss. Ihre Ergebnisse werden in den Leitantrag zum 7. Parteitag einfließen, der vom 12. bis 14. Juni in Erfurt stattfindet. Dazu unser Beitrag. Auf einer Klausurtagung in Dresden hat der Landesvorstand der sächsischen LINKEN am 31. Januar und 1. Februar die Weichen für die Schwerpunkte der Arbeit in diesem Jahr gestellt. Schwerpunkt ist eine Strukturdebatte zur politischen und strategischen Neuausrichtung des Landesverbandes. Wir informieren über das entsprechende Konzept. Im Kreisverband sind Regionalkonferenzen im Territorium der jeweiligen Altkreise Döbeln, Freiberg und Mittweida vorgesehen. Die Konferenz im Bereich Döbeln hat bereits stattgefunden. Dazu unser Bericht.

zum stand der strategiedebatte der linken

Im Oktober haben wir die Einladung des Parteivorstandes zur Strategiedebatte und im November die Fragestellungen und den Zeitplan veröffentlicht. Inzwischen haben in Güstrow, Leipzig und Frankfurt/Main drei der vier vorgesehenen Strategieberatungen stattgefunden. Inzwischen ist der angekündigte Konferenzreader "Beiträge zur Strategiekonferenz" (564 Seiten) erschienen und kann - genauso wie ein Archiv mit allen Beiträgen - online auf der Webseite abgerufen werden.

Vorderstrategiekonferenz am 29. Februar und 1. März hat sich der Bundesgeschäftsführer **JÖRG SCHINDLER** im Zusammenhang mit der Veröffentlichung des Konferenzreaders noch einmal an die Parteimitglieder gewandt. Wir veröffentlichen Auszüge.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, unsere Einladung zur Strategiedebatte hat offensichtlich den Nerv getroffen. Die gesellschaftlichen Umbrüche der letzten Jahre – Digitalisierung, drohende ökologische Katastrophe, globale Kriege und Ungerechtigkeit – haben auch die Bundesrepublik verändert. Die Krise des Neoliberalismus ist spürbar. Gesellschaftliche Grundsatfragen produzieren Stoff für Diskussionen. Auch unsere Partei, DIE LINKE, diskutiert, wie wir strategisch erfolgreich eingreifen können – nicht nur angesichts sehr widersprüchlicher Wahlergebnisse in 2019, sondern vor allem, weil wir gemeinsam unser Land und die Welt verändern wollen. Wir haben uns deshalb auf den Weg begeben und debattieren unsere Strategie – demokratisch, transparent, als Mitglieder. Der jetzige Zwischenstand erfreut mich sehr. Die jetzt schon fast 300 Beiträge (auf unserer Homepage einsehbar) und das hohe Interesse an unserer Strategiekonferenz in Kassel sind dafür ein sehr gutes Signal: DIE LINKE diskutiert miteinander und wir suchen gemeinsam Wege.

Bereits jetzt bedanke ich mich herzlich bei allen Einsenderinnen und Einsendern für ihre engagierten Beiträge! Wir stellen weiterhin alle eingehenden Beiträge auf dieser Seite ein.

Gemeinsam kämpften wir vor Ort, auf Landes- oder auch Bundesebene um gesellschaftlichen Fortschritt in der sich verändernden Welt. Wir kämpften um soziale Gerechtigkeit, Demokratie, Frieden und Humanismus. Und ja: Wir haben uns auch gestritten. Nicht aus Eitelkeit oder Neid, sondern, weil es uns um nichts weniger geht als den Weg zu globaler Gerechtigkeit. Wie dieser Kampf in den kommenden Jahren erfolgreich geführt werden kann, wollen wir auf unserer Konferenz diskutieren. Denn auch wenn der finanzmarktgetriebene neoliberale Kapitalismus weiterhin prägend ist, befindet er sich inzwischen in einer großen Legitimationskrise. Er geht – trotz anderweitiger Versprechen – den meisten Menschen nicht besser. Unsicherheit prägt vielmehr die Gesellschaft. Die Verteilung des Vermögens ist extrem ungerecht. Die öffentliche Daseinsvorsorge ist in einem skandalösen Zustand. Es gibt keine Antworten auf die Herausforderungen des Klimawandels. Nationalismus und Kriegsgefahr greifen um sich. Zu diesen und vielen weiteren Fragen diskutieren wir intensiv, suchen Positionen und entwickeln Strategien. Denn jede politische Partei, auch die unsere, muss die eigene Programmatik regelmäßig mit den gesellschaftlichen Entwicklungen abgleichen und Strategien für die Umsetzung politischer Ziele entwickeln.

zur strukturdebatte des landesverbandes sachsen

Ein "kleiner Parteitag" im Dezember hat ein Konzept für eine Strukturdebatte 2020 beschlossen. Ihre Notwendigkeit wird folgendermaßen begründet:

Durch das schlechte Abschneiden bei den Kommunal- und Landtagswahlen

2019 befindet sich unser Landesverband in einer schwierigen Situation, in der seit Wochen auf inhaltlicher, strategischer und personeller Ebene um den zukünftigen Weg der Partei gerungen wurde und wird. Nach dem die 2. Tagung des 15. Landesparteitages nun die personelle Neuaufstellung des Landesverbandes vorgenommen und damit auch die politische und strategische Neuausrichtung in die Wege geleitet hat, ist es nun höchste Zeit, endlich auch drängende, sowie grundsätzliche strukturelle Fragen zu klären. Strukturell befindet sich unsere Partei seit Jahren im Wandel. Im Osten sind Mitgliederschwund und Präsenzverlust in der Fläche seit Jahren ein Dauerthema. Der mit den schlechten Wahlergebnissen verbundene Mittel- und Strukturverlust verschärft diese Situation nun zusätzlich. Haupt- und Ehrenamt sind stellenweise überlastet, eine Sicherstellung professioneller Arbeit ist immer schwerer zu gewährleisten.

Deshalb muss sich die Partei verschiedene Fragen stellen:

- *Wie steht es um IST-Stand der Parteistruktur und welchen strategischen Zielen ist die Partei noch gewachsen?*
- *Welche Aufgaben sind für das Überleben der Partei unabdingbar und was ist darüber hinaus noch leistbar?*
- *Was kann unsere Ehrenamtsstruktur noch leisten und wie können wir sie befähigen?*
- *Welche Aufgaben sind im Ehrenamt, welche besser im Hauptamt besser aufgehoben?*
- *Und wie kann dieses sinnvoll personell und finanziell ausgestattet werden?*

Zur Umsetzung der Strukturdebatte werden folgende Beratungsstrukturen geschaffen:

Eine **Steuerungsgruppe** zur Vor- und Nachbereitung des Strukturplenums. Zusammengesetzt aus fünf Mitgliedern. Die Treffen erfolgen operativ nach Absprache und Notwendigkeit.

Ein **Strukturplenum** als Gremium, welches die Strukturdebatte begleitet. Zusammengesetzt aus 39 Mitgliedern, darunter zwei Vertreter*innen pro Kreisverband. Beratungstermine des Strukturplenums sind am 21. April, 26. Mai, 23. Juni, 22. September und der 10. November.

Regionalkonferenzen zur Bestandsaufnahme und Ideensammlung für die künftige Struktur und Arbeitsweise im Landesverband, Problemanalyse und Lösungsfindung. Durchführung voraussichtlich im März in den Regionen Leipzig, Dresden, Chemnitz, Ostsachsen und Südwestsachsen.

Auf dem Landesparteitag am 10. Oktober in Plauen gibt es einen (Zwischen-)Bericht der Steuerungsgruppe und einen Beschluss zu möglichen Satzungsänderungen.

Auf einer gemeinsamen Beratung des Landesvorstandes, des Landesrates und der Kreisvorsitzenden am 5. Dezember wird die Finanzkonzeption beraten und beschlossen.

Beschlossen wurde vom Landesvorstand auch **Veränderungen bei der Landeszeitung**. „Links!“ heißt jetzt „SachsensLinke!“ Mit den Veränderungen zum Jahreswechsel ändert sich auch ein wenig der Charakter des Blattes. Herausgeber ist nun nicht mehr der Verein Linke Bildung und Kultur für Sachsen e. V., der freilich weiter existiert, sondern der Landesverband der sächsischen LINKEN. Deren bisheriger Einleger „SachsensLinke!“ stellt ab sofort die Gesamtpublikation dar und wird zunächst bis zum Jahresende 2020 im Zwei-Monats-Rhythmus erscheinen. Das neue Produkt umfasst 24 Seiten.

Gleichwohl bleibt die Finanzierung der Landeszeitung außerordentlich schwierig, denn auch der Landesverband kann das Geld nicht mit vollen Händen ausgeben. Deshalb das Bestreben, die Zahl der Digital-Abonnements zu erhöhen. Gleichzeitig sollen alle, die das wünschen, weiter eine gedruckte Zeitung bekommen können. Dazu war im Dezember eine Abfrage unter der Leserschaft gestartet worden. Es wurde darum gebeten, dass alle, die die Zeitung weiter als gedrucktes Exemplar nach Hause geliefert haben möchten, dies anzeigen mögen. Wer sich nicht gemeldet hat, erhielt Anfang Februar erstmalig keine Zeitung.

strategie- und strukturdebatte bei der linken

Aber es ist selbstverständlich weiterhin möglich, eine solche Meldung nachzureichen:

- Per Post an DIE LINKE.Sachsen, z. Hd. Katrin Pritscha, Kleiststraße 10a, 01129 Dresden
- Per E-Mail an aboservice@links-sachsen.de
- Per Telefon unter der Nummer: 0351-8532743
- Per Fax unter der Nummer: 0351-8532720

alte strukturen - neue wege

von EYK FECHNER

Am 30. Januar trafen sich die Genossinnen und Genossen der Linken aus dem Altkreis Döbeln - inzwischen organisiert in den drei Ortsverbänden Döbeln-Roßwein, Leisnig und Waldheim-Hartha. Nachdem der Leisniger Ortsvorsitzende Dieter Kunadt die Veranstaltung eröffnet hatte, übergab er das Wort an die Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete Marika Tändler-Walenta, die den Abend moderierte. Sie stellte ihre Kollegin aus dem Sächsischen Landtag, unsere neue Landesvorsitzende Susanne Schaper vor.



Gast des Abends: die Landesvorsitzende der LINKEN und Landtagsabgeordnete **SUSANNE SCHAPER**

Zunächst ging es um die Frage, wie die ersten Wochen im neu gewählten Landesvorstand gelaufen sind. Susanne Schaper berichtete ausführlich über die Arbeit des Landesvorstandes und sprach sich sehr positiv über die neue Zusammensetzung aus. Gemeinsam mit Stefan Hartmann bildet sie die neue Leitung bei den sächsischen Linken. Aus ihrer Sicht ist eine Doppelspitze gut, denn so können verschiedene Arbeiten untereinander aufgeteilt werden und man ergänze sich gut. „Was der Eine nicht kann, das kann dafür der Andere“ so Susanne Schaper. Auch das Klima und die Zusammenarbeit der neuen Vorstandsmitglieder sei sehr solidarisch und respektvoll. Auch ich gehöre seit November 2019 zum Landesvorstand und kann ihre Aussagen nur bestätigen. Weiterhin berichtete Susanne darüber, was der neue Vorstand bis jetzt alles auf der Tagesordnung hatte. Dazu gehört unter anderem der Aufbau eines Räteystems, das sich zum Beispiel mit politischer Bildung, Gewerkschaften oder gezielt mit den Mitgliedern und ihren Strukturen beschäftigen wird. Susanne Schaper ging auch noch einmal auf die Wahlniederlagen des letzten Jahres ein und betonte, dass wir die Kommunalparlamente wieder stärken müssen. Nur so können wir die Menschen wieder davon überzeugen uns zu wählen.

Nach ihrem Beitrag über die Arbeit des Landesvorstandes hatten die anwesenden Genossinnen und Genossen die Möglichkeit Fragen zu stellen. So kam auch das Thema Leipzig - Connewitz auf die Tagesordnung. Susanne äußerte sich klar und deutlich, dass wir uns von den Krawallen distanzieren. Dennoch sollten erst die Fakten geprüft werden, bevor wilde Behauptungen aufgestellt werden und auch das Handlungsschema der Polizei sollte in solchen Fällen hinterfragt werden. Bedauerlich sei auch, dass die Bevölkerung autonome Gruppierungen oft nicht von uns als linke Partei unterscheiden. „Wir können als Partei keine autonomen Gruppierungen steuern!“ - beendete Susanne dieses Thema.

Weiter ging es mit dem Thema „Defender 2020“ - Eine Truppenübung der NATO mit 37000 Soldaten, die bis zur russischen Grenze verlegt werden sollen. Auch in Sachsen und Brandenburg werden Kasernen für Übernachtungen und Verlegungen bereitgestellt. „Es ist ein Unding, dass 75 Jahre nach der Befreiung des NS-Regimes durch die Truppen der Roten Armee, die NATO, Truppen und Panzer über Deutschland in die andere Richtung schickt!“ - sprach Susanne er-

bost. Sie und viele der anwesenden Genossinnen und Genossen sprachen sich dafür aus, Proteste gegen dieses Manöver zu starten. Der erste Schritt war die Unterzeichnung der Petition „Stopp Defender 2020“.

Zuletzt ging es um die Themen Kindergärten und Pflege. Gerade hier konnten die beiden Mitglieder des Sächsischen Landtags einiges sagen, denn Pflege ist eins der Schwerpunkte von Susanne, die vor ihrer Zeit als Abgeordnete als Krankenschwester tätig war. Das Thema Kindertagesstätten gehört zu Marikas Bereichen. Die beiden sind sich einig, dass es sehr wichtige Themenbereiche sind bei denen dringender Handlungsbedarf vorherrscht. Zu wenig Personal, zu niedrige Betreuungsschlüssel, zu wenig Geld und zu hohe Kosten für die, die einen



Pflege- oder Betreuungsplatz in Anspruch nehmen. „Es ist ein Recht in Würde zu altern und das auch in einem Pflegeheim.“ - sprach Susanne.

Abschließend betonte noch ein Genosse, dass auch das Ehrenamt nicht vergessen werden darf. In der letzten Legislatur besuchte ein Mitglied des Sächsischen Landtags die Freiwillige Feuerwehr in Waldheim, um sich derer Probleme anzunehmen. Marika und Susanne vermerkten dies in ihren Unterlagen und nehmen dies mit in ihre Fraktion. Nach knapp zwei Stunden war die Versammlung beendet. Susanne bedankte sich nochmals für die Einladung und merkte an, die Genossinnen und Genossen des Altkreises Döbeln gerne wieder besuchen zu wollen. Auch die einzelnen Ortsverbände sprachen sich positiv zur Veranstaltung aus. Sie möchten künftig quartalsweise im Altkreis Döbeln zusammenkommen.



Am 12. Februar fand die Wahlversammlung des Ortsverbandes Flöha statt, der Oederan, Augustusburg, Niederwiesa, Leubsdorf und Eppendorf einschließt. Im Mittelpunkt der Diskussion stand der Eklat von Erfurt. In den Vorstand gewählt wurden **MARINA MORGENSTERN, HANS-JÜRGEN KÜHN (VORSITZENDER), JÜRGEN SIEGERT, ROSWITHA PLACHE, GERD WITTIG, GOTTFRIED JUBELT UND HANS WEISKE** (von links).

besuch mit einer delegation des kreistages im polnischen partnerlandkreis

von ACHIM GRUNKE

Im Januar hat der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Kreistag, **Gottfried Jubelt**, über Ergebnisse der Sitzung des Kreistages vom 11. Dezember berichtet.

Der „scharfe Start“ in das Jahr 2020 erfolgt erst am 24. Februar mit der Tagung des Jugendhilfeausschusses. Am 27. Februar und 2. März kommen der Ausschuss für Umwelt und Technik bzw. der Verwaltungs- und Finanzausschuss zu ihren ersten Sitzungen im Jahr 2020 zusammen. Die erste Sitzung des Kreistages in diesem Jahr ist erst am 25. März.

Für uns die Gelegenheit, an dieser Stelle einen Bericht von Kreisrat **Dr. Achim Grunke** zu drucken, der im November 2019 als Mitglied einer Delegation des Landkreises Mittelsachsen den Partnerlandkreis Gliwice besuchte.



Der Sender Gleiwitz - Ort der Inszenierung des Überfalls Nazideutschlands auf Polen

Im November 2019 folgte unter der Leitung von Landrat Matthias Damm eine kleine Delegation unseres Landkreises der Einladung des Landrates unseres Partnerlandkreises Gliwice. Nach unserer Ankunft am Freitag, 22. November, ging es zum St. Barbara-Fest, dass in dieser traditionsreichen Steinkohlebergbauregion natürlich eine herausragende Bedeutung hat. Da die Energieversorgung in Polen sich zu fast 50% aus Steinkohle und zu ca. 30% aus Braunkohle speist, dürfte hierzulande der Kohleausstieg nicht ganz einfach zu machen sein. Und

Schlesischen Technischen Universität Gliwice auf dem Plan, die 1945 gegründet wurde und heute über 30 Tausend Studenten zählt. In der Fakultät Automatisierung, Elektronik und Informatik konnte, wer wollte, in einen Flugsimulator steigen und einen kurzen Rundflug über Schlesien wagen. In der Fakultät Bergbau und Geologie wurde uns, die wir inzwischen mit Schutzhelmen bewehrt waren, in einer Werkhalle eine moderne Bergbaumaschine in Aktion gezeigt. Nach einer Mittagspause ging es mit unserem Kleinbus weiter nach Zabrze, vorbei am Stadion des bekannten Fußballklubs Gornik

wurde das letzte Ziel des Tages angesteuert: der Besuch des Schlesischen Museums in Katowice (Kattowitz). Im Schnelldurchlauf erhielten wir von einer sehr kompetenten Museumsführerin einen guten Überblick über die Geschichte Schlesiens. Sie verstand es recht gut, auch ein differenziertes Bild über die schwierige Zeit zwischen 1918 und 1945 zu vermitteln. Am Ende des Tages waren alle zu

wici und uns Mittelsachsen waren auch unser Partnerlandkreis Calw und der polnische Landkreis Puck (in der Danziger Bucht gelegen) mit kleinen Delegationen vertreten. Wir und auch die anderen Gastlandkreise bedankten sich beim Gastgeber für das gut organisierte und gelungene Programm, was uns an den anderthalb geboten wurde. Allgemeiner Konsens war, dass kommunale Partnerschaften und die Begegnung



in der hiesigen Steinkohleregion fällt das auch mental schwer, weil viele Menschen hier immer noch Arbeit und Leben mit der Steinkohle verbinden. Da müssten auch Vorkehrungen getroffen werden, wie die sozialen Auswirkungen des Kohleausstiegs abgefedert werden können. Aber das alles konnte bei der ausgelassenen Stimmung beim St. Barbara-Fest verständlicherweise kein Thema sein. Am Sonnabend, 23. November, stand zunächst der Besuch der

Der Steinkohlebergbau prägt das oberschlesische Industriegebiet, das wichtigste Industriegebiet Polens.

Zabrze, zum musealen Besucherbergwerk, das aus einer ehemaligen Steinkohlengrube entstanden ist. Im „Königin Luise“ Stollen konnten wir sehen, wie über die Jahrhunderte die Steinkohle abgebaut wurde. Obwohl die Anlage noch nicht fertig gestellt, zeigt sich das Besucherbergwerk doch als ein touristisches Kleinod. Nach einer Kaffee- oder Bierpause



einem Abendessen in der Museumsgaststätte eingeladen. Dabei durfte es auch nicht an Bier und Wodka fehlen, um auf den schönen Tag, der hinter uns lag, und auf die kommunalen Partnerschaften anzustoßen. Alle Delegationen aus den der anwesenden Partnerlandkreise hatten kleine Präsente mitgebracht, die zum Abschied überreicht wurden. Neben den Gastgebern aus Gli-

der Menschen untereinander ganz wesentlich sind, um zwischen unseren Ländern ein Klima des Respekts und der Toleranz zu erhalten. Am Sonntag, dem letzten Tag, war nur noch Heimreise angesagt. Bevor es aber Richtung Freiberg gehen sollte, wollten wir unbedingt noch den Sender Gleiwitz gesehen haben, der Ort, an dem 1939 die Inszenierung für den Überfall Nazideutschlands auf Polen stattfand und der Zweite Weltkrieg seinen Ausgang nahm.

us-manöver defender 2020

Mit aktiver Unterstützung der NATO und der Bundeswehr soll im April und Mai vor den Grenzen Rußlands (besonders prekär: über den 8. Mai hinaus) das US-Manöver „Defender 2020“ stattfinden. Der Parteivorstand der LINKEN hat dazu am 25. Januar einen Beschluss „DIE LINKE stellt sich aktiv gegen das US-Manöver Defender 2020“ gefasst und die Bundesgeschäftsstelle beauftragt, alle friedenspolitischen Aktivitäten der Partei unter dem Motto „Nein zu NATO-Kriegsmanövern - ja zu Frieden, Entspannungspolitik und Abrüstung“ zu bündeln. Dazu wird es u.a. friedenspolitische Veranstaltungen in den Garnisonsstädten geben. Produziert werden ein Newsletter, ein aktuelles Friedensplakat und ein Flugblatt.

Schwerpunkt des Protestes in Mittelsachsen wird die Stadt Frankenberg mit der hier stationierten Panzergrenadierbrigade Freistaat Sachsen sein. Wir werden im März über die vorgesehenen Maßnahmen informieren.

Im folgenden drucken wir einen Leserbrief von Jörg Hommel, Mitglied des Kreisvorstandes und Ortsvorsitzender in Frankenberg ab, der am 24. Januar in der „jungen welt“ veröffentlicht wurde.

Leserbrief von JÖRG HOMMEL an die „junge welt“

vergesslich und dumm

Der Bürgermeister von Frankenberg in Sachsen wünscht sich, anlässlich des wieder in der Stadt auszurichtenden »Tages der Bundeswehr« im Juni das Ortseingangsschild mit dem Beinamen »Garnisonsstadt« schmücken zu wollen. Die Tradition der Neuzeit in der BRD brachte Generäle wie Herrn Günzel hervor. Dieser wurde zwangsversetzt aus Frankenberg und später unehrenhaft entlassen. Siehe Text aus Wikipedia: »Ab 1995

war er im Rang eines Obersts Brigadekommandeur der Panzergrenadierbrigade 37 in Frankenberg. Zur Panzergrenadierbrigade 37 gehörte auch das Gebirgsjägerbataillon 571 in Schneeberg.

Nachdem rechtsradikale Tendenzen in diesem Verband bekannt wurden, wurde Günzel 1997 durch den damaligen Bundesverteidigungsminister Volker Rühe (CDU) abgemahnt und versetzt.« An seiner Gesinnung änderte sich nichts, denn »Bundesverteidigungsminister Peter Struck (SPD) versetzte Günzel danach ohne Dank in den Ruhestand, da Günzel eine als antisemitisch kritisierte Rede des Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann lobte (Hohmann-Affäre).« Ebenso in



trauriger Erinnerung General Vollmar und sein Untergebener, damals noch Oberst, Klein, welcher die Brigade »Freistaat Sachsen« führte und im Krieg in Afghanistan über 100 Menschen einfach mal umbringen ließ. Auszug Wikipedia zu General Vollmar: »Während seines Einsatzes ereignete sich im September 2009 im Verantwortungsbereich des untergeordneten Provincial Reconstruction Teams (PRT) Kundus der folgenschwere Luftangriff.« Die Reise des BM Firmenich in den Kosovo anlässlich der 20jährigen Wiederkehr des völkerrechtswidrigen Krieges gegen Jugoslawien war schon grotesk für die Einwohner. Jetzt soll ein an industrieller Bedeutung verlierender Ort

mit dem Wuchs und Flimmer des Militärs aufgepuscht werden. Das ganze mit der faden-scheinigen Zusatzinformation, Frankenberg sei schon aus NVA-Zeiten bekannt für das militärische. Jetzt fehlt nur noch eine der angekündigten »Goodwill«-Veranstaltungen, um das Chaos, welche die US-Truppen in der Stadt erzeugen, die rasten leider hier, zu beschönigen. In der heutigen Zeit mag es ja populär sein, Krieg geil zu finden, die Generation, die lieber Wasser und Brot konsumieren wollte, statt wieder einen Krieg zu erleben, kann sich heute leider nicht mehr der Schande erwehren, wie vergesslich und dumm ihre Enkel und Urenkel sind.

vorbereitung des internationalen frauentages

DIE LINKE versteht sich als Partei mit sozialistischem und feministischem Anspruch. Wir wollen die strukturelle Diskriminierung von Frauen aufheben und streiten für die tatsächliche Herstellung der Geschlechtergerechtigkeit.

Für die Vorbereitung des Frauen*kampftages 2020 steht den Ortsverbänden wieder ein vielfältiges Materialien- und Aktionspaket zur Verfügung, u.a. Grußkarten, Fähnchen/Banderolen, Folder und Layouts für Zeitungsanzeigen.

Auch in diesem Jahr wird der Frauen*kampftag im Kreisverband der LINKEN wieder mit einer Vielzahl von Veranstaltungen begangen. Höhepunkte sind die Veranstaltung im Clara-Zetkin-Museum in Wiederau und die Verleihung des Frauenpreises des Kreisverbandes.

Ausschreibung

Frauenpreis des Kreisverband DIE LINKE Mittelsachsen

Auch in diesem Jahr wollen wir wieder unseren ‚Frauenpreis‘ ausschreiben. Obwohl rund 51% der Bevölkerung weiblich ist, werden in den Parlamenten nur ein Drittel der Stellen durch Frauen besetzt. Zudem sind Frauen meist in Dienstleistungssektoren, wie zum Beispiel in der Pflege oder Kinderbetreuung tätig, die im Vergleich zu anderen Berufen wesentlich schlechter entlohnt werden. Für uns als DIE LINKE Mittelsachsen ist es daher von besonderer Bedeutung, eine Frau, stellvertretend für alle Frauen in Mittelsachsen, mit unserem Preis auszuzeichnen. Dieser wird dann im Rahmen einer offiziellen Preisverleihung übergeben. Wir bitten euch, uns eure Vorschläge für den Frauenpreis an kontakt@dielinke-mittelsachsen.de zu senden.

Bitte fügt, eine kurze Beschreibung und eine Begründung ein, warum ihr genau diese Frau nominiert. Wir freuen uns auf zahlreiche Vorschläge und bedanken uns schon jetzt für eure Bemühungen!

Mit solidarischen Grüßen

MARIKA TÄNDLER-WALENTA

Auch dieses Jahr beteiligt sich die sächsische LINKE aus dem emanzipatorischen Grundverständnis heraus an Aktionen rund um den Internationalen Frauen*kampftag am 8. März 2020 sowie den folgenden Aktionstagen:

- **One Billion Rising** am 14. Februar
- **Equal Pay Day** am 17. März
- **Girls Day** am 26. März



Eine der größten Kampagnen weltweit zur Beendigung von Gewalt gegen Frauen.

Auswahl an Veranstaltungen in Mittelsachsen:

- Ehrung von Clara Zetkin im Museum Wiederau Samstag, 07. März, 14 Uhr
- Verleihung des Frauenpreises des Kreisverbandes Bürgerbüro Mittweida Sonntag, 08. März, ab 9 Uhr
- Gemeinsame Frauentagsveranstaltung der Ortsverbände Brand-Erbisdorf und Freiberg Dienstag, 10. März, 15 Uhr "Regenbogenhaus" Freiberg



unsere beiden neuen bürgerbüros in döbeln und mittweida nehmen fahrt auf

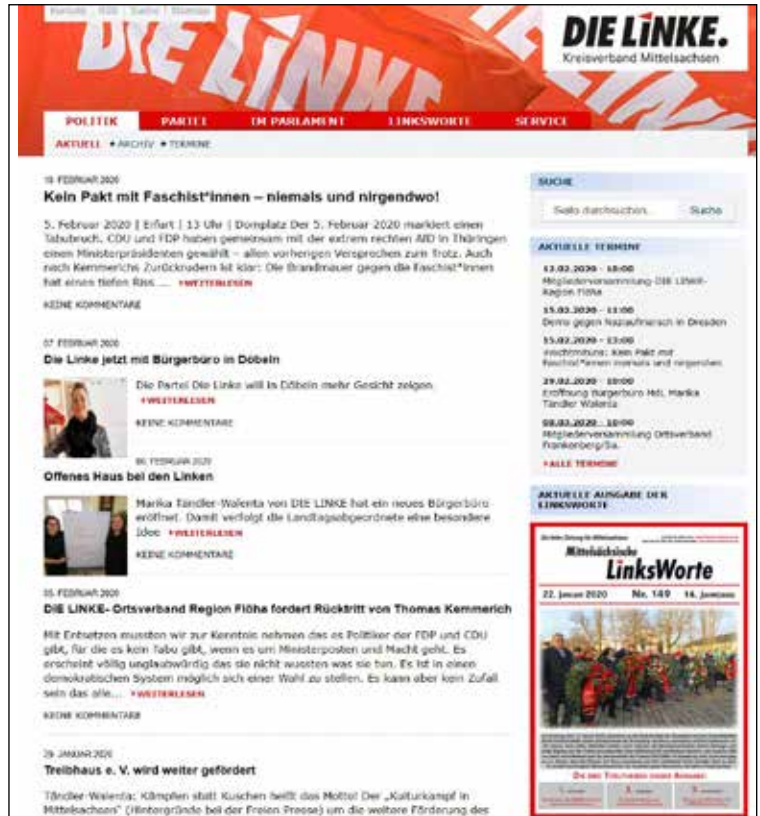
Wir haben in den vergangenen Monaten mehrfach über die beiden neuen Bürgerbüros unserer Landtagsabgeordneten Marika Tändler-Walenta in Döbeln und Mittweida berichtet, in die schrittweise neues Leben einzieht. Nach einigen „inoffiziellen“ Aktivitäten geht es nun richtig los. Und sowohl Kati Voigt in Döbeln als wissenschaftliche Mitarbeiterin, als auch Eyk Fechner in Mittweida als Wahlkreismitarbeiter von Marika Tändler-Walenta stehen in den Startlöchern. In Döbeln gibt es eine offizielle „Eröffnungsparty“, in Mittweida eine „Frauentagsfete“. Natürlich werden wir im März über beide Veranstaltungen berichten.

Herzliche Einladung
zur Eröffnung des Bürgerbüros DIE LINKE

**Vorbeischaun
Einander kennenlernen
Ins Gespräch kommen**

Samstag, 29.02.2020
von 10 bis 15 Uhr
Bahnhofstraße 1a in Döbeln

DIE LINKE.
Kreisverband Mittelsachsen



Das Bürgerbüro von **MARIKA TÄNDLER-WALENTA** in Döbeln, betreut von ihrer wissenschaftlichen Mitarbeiterin **KATI VOIGT**, nimmt offiziell seine Arbeit auf. Wichtigste Ziel ist es, in Döbeln als LINKE mehr Gesicht zu zeigen.

In Mittweida hat DIE LINKE einen kleinen Ortswechsel vollzogen. Sie ist mit ihrem Bürgerbüro in die Weberstraße 8 umgezogen und damit noch mehr in die Nähe des Marktplatzes von Mittweida gerückt. (Wir informierten in unserer Januar-Ausgabe). Herr des Geschehens ist **EYK FECHNER**, Wahlkreismitarbeiter der Landtagsabgeordneten und Kreisvorsitzenden Marika **TÄNDLER-WALENTA**. Er hat sich vorgenommen, DIE LINKE in der Hochschulstadt Mittweida mehr als bisher ins Gespräch zu bringen. Außerdem nimmt Eyk Fechner künftig die ehrenamtliche Aufgabe des Kreisgeschäftsführers wahr und arbeitet eng mit dem „Team“ in der Kreisgeschäftsstelle in Freiberg zusammen.

Erster Höhepunkt im neuen Bürt wird eine Frauentagsfeier sein, zu der im Namen von Marika Tändler-Walenta herzlich eingeladen wird. Diese findet am Sonntag den 8. März 2020 in der Zeit von 9:00 Uhr bis 11:00 Uhr statt. Im Rahmen dieser Veranstaltung wird auch der Frauenpreis des Kreisverband DIE LINKE Mittelsachsen verliehen. (Die Ausschreibung dazu ist auf Seite -7- zu finden).

Die aktuelle Webseite des mittelsächsischen Kreisverbandes spiegelt die forcierte Arbeit in den Bürgerbüros in Döbeln und Mittweida wieder. Kürzlich ist die Internetpräsenz des Landesverbandes neu gestaltet worden (siehe dazu unter www.dielinke-sachsen.de). Jetzt hat sich ein Team mit **EYK FECHNER**, **HANS-JÜRGEN KÜHN**, **KATI VOIGT** UND **HANS WEISKE** vorgenommen, die nach Aussage der Landesgeschäftsstelle bald erfolgende Umstellung des Layouts unserer Webseite für die Gestaltung einer neuen, frischen und vor allem aktuelle Internetseite des Kreisverbandes zu nutzen. Wann diese Umstellung genau erfolgt, ist noch nicht bekannt, aber unsere Leserinnen und Leser dürfen auf die neue Seite www.dielinke-mittelsachsen.de gespannt sein.

treibhaus e. V. in döbeln wird weiter gefördert

Von **MARIKA TÄNDLER-WALENTA**

Der „Kulturkampf in Mittelsachsen“ um die weitere Förderung des soziokulturellen Zentrums Treibhaus e. V. in Döbeln ist erfolgreich beendet. Die Landräte Frank Vogel (Erzgebirgskreis) und Matthias Damm (Landkreis Mittelsachsen) (beide CDU) entschieden als die beiden einzigen stimmberechtigten Mitglieder im Kulturkonvent des Kulturraumes Erzgebirge-Mittelsachsen, dem Verein seine Förderung zu belassen.

Dazu habe ich folgendes erklärt: „*Kämpfen statt kuschen*“ heißt mein Motto! Und es war erfolgreich! Seit mehr als 20 Jahren ist das Treibhaus ein Zentrum für Begegnungen und generationsübergreifende Förderung von Kunst, Kultur und Bildung. Der Verein leistet unverzichtbare soziale Arbeit, insbesondere für Jugendliche. Ich bin erleichtert, dass die Landräte doch nicht vor denen eingeknickt sind, die demokratisches und kulturelles Engagement mit fadenscheinigen Anwürfen mundtot machen wollen. Der öffentliche Druck und der beeindruckende Aufstand der Döbelner Zivilgesellschaft hatten Erfolg. Das zeigt, dass es sich lohnt, gemeinsam gegen jene aufzustehen, die mit geiferndem Verfolgungseifer die Zivilgesellschaft terrorisieren wollen. Demokratinnen und Demokraten müssen diesen Leuten gemeinsam in den Arm fallen. Vor allem Richtung der CDU sage ich: *Kämpfen statt kuschen* heißt das Motto! Ich warne auch davor, durch die Hintertür die ‚Extremismusklausel‘ wieder einzuführen, die 2014 von der damaligen Familienministerin Manuela Schwesig abgeschafft wurde. Auf demokratische Initiativen darf kein zuwendungsrechtlicher Druck ausgeübt werden, wenn wir es mit der Demokratieförderung ernst meinen.“

mein engagement in der lagerarbeitsgemeinschaft kz sachsenburg

von WERNER BUSCH, Döbeln

Ich bin einer von drei Söhnen des antifaschistischen Widerstandskämpfer Erich Busch , der u.a. im KZ Sachsenburg inhaftiert war .

zur historie des kz sachsenburg

Das KZ Sachsenburg wurde nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten und dem Ermächtigungsgesetz als eines der frühen sogenannten Schutzhaftlager im ehemaligen Gelände und Werkhallen der Spinnerei in Sachsenburg, ab 1934 als erstes und zunächst einzigstes KZ in Sachsen errichtet. Es wurde von 1933 bis 1934 bis zum sogenannten „Röhm-Putsch“ von der SA geleitet. Danach übernahm die SS und es diente fortan als militärische Ausbildungsstätte für SS-Wachtruppen. Dies bedeutete eine deutliche Verschlechterungen der Haftbedingungen. Im KZ waren bis zu 600 SS-Wachleute zur Ausbildung und Vorbereitung zum Einsatz in später errichtete Konzentrationslager im Einsatz. Bekanntester Lagerleiter war der berühmte spätere Kommandant des KZ Buchenwald Karl Otto Koch.

Eingesperrt waren bis zur Auflösung des KZ über 7000 Häftlinge überwiegend Mitglieder der verbotenen Parteien wie KPD und SPD aber auch Gewerkschafter, Juden, Zeugen Jehovas und Pfarrer , später auch Kleinkriminelle und sogenannte „Asoziale“.

Mein Vater wurde am 06.Dezember 1935 wegen illegaler antifaschistischer Tätigkeit in Sachsenburg eingesperrt . Von hier kam er im Juni 1936 nach Sachsenhausen und von dort ab März 1937 nach Buchenwald wo er viele Leidensgefährten aus Sachsenburg im Aufbaukommando des KZ Buchenwald wieder traf .

zur gegenwart

Da ich meine 25-jährige kommunalpolitische Tätigkeit als Kreisrat und Stadtrat in Döbeln beendet habe, jedoch gesellschaftspolitisch weiterhin aktiv tätig sein wollte , trat ich 2018 in die Lagerarbeitsgemeinschaft (LAG) Sachsenburg ein. Ich bin der Auffassung, dass wir als Hinterbliebene der antifaschistischen Widerstandskämpfer an vorderster Front die Geschichte unserer Eltern bzw Großeltern, die Erinnerungen und Erzählungen nachfolgenden Generationen weitertragen sollten. Rechtsträger der Immobilie der ehemaligen Spinnerei ist Herr Marcel Hett, eine Privatperson, das Gelände und die ehemalige Kommandantenvilla gehören der Stadt Frankenberg .

Die Lagerarbeitsgemeinschaft (LAG) KZ Sachsenburg wurde am 12.06.2009 von Überlebenden des KZ, deren Angehörigen, Zeitzeugen und jungen Antifaschisten gegründet. Zu den Aufgaben und Zielen der LAG gehören seitdem die Bewahrung von Erinnerungen , Biographien und Sachzeugnissen der Häftlinge, die Schaffung eines dauerhaften Ortes des Erinnerns und die Erforschung der Geschichte des Lagers ebenso wie eine wirkungsvolle Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit. Im Oktober 2019 wurde ein neuer Vorstand unter Leitung von Wolfgang Engel (auch Vorsitzender der VVN-Chemnitz), Gisela Heiden, Rosmarie Freudenberg und mir gewählt.

Parallel zur LAG wurde 2010 über die Initiative „Klick“, die von der Chemnitzer Gymnasiallehrerin für Kunst und Geschichte Anna Schüller geleitete - Geschichtswerkstatt - gegründet. Sie arbeitet mit uns eng zusammen. Die Geschichtswerkstatt verfolgt das Ziel, sich in der



Am 18. Januar ist dieser Artikel in einigen Regionalausgaben der „Freien Presse“ veröffentlicht worden: Durch den Journalisten **INGOLF ROSENDAHL** werden Fakten zum geplanten Aufbau der Gedenkstätte für das einstige KZ Sachsenburg zusammengestellt. Im Kern geht es darum, den Antrag auf die Förderung des Baus der Gedenkstätte zu überarbeiten und das Papier im Sommer über das Sächsische Ministerium für Wissenschaft und Kunst in Berlin einzureichen.

Jugendarbeit kreativ mit der Geschichte auseinanderzusetzen.

Unbestritten ist, dass die von der CDU geführten Landesregierung in der Vergangenheit die Mittel der Sächsischen Gedenkstättenstiftung bis zu 85 Prozent für die Themen „Sowjetische Besatzungszone und DDR-Unrecht“, aber nur zu 15 Prozent für die Aufarbeitung der NS-Diktatur bewilligt und bereitgestellt hat. Auf Grund des Erstarkens der Neonaziszene, der Gründung der rechtsgerichteten AfD und der damit verbundenen rechtsgerichteter staatsgefährdeter Straftaten ist endlich auch in den Reihen der sächsischen CDU ein gewisses Umdenken festzustellen . Dies wird sich hoffentlich mit dem Gedenken anlässlich der 75-jährigen Befreiung des KZ Auschwitz und der anstehenden Gedenkfeiern weiterer KZ in Deutschland noch verstärken .

Auch in der Stadt Frankenberg , dem Stadtrat und insbesondere dem Bürgermeister Thomas Firmenich (CDU) ist eine progressivere Herangehensweise zum Aufbau und Erhalt einer angemessenen Gedenkstätte für das ehemalige KZ Sachsenburg festzustellen. Dies wird in der Stadtratssitzung im Juni mit großer Mehrheit beschlossen. Da die ehemalige Kommandantenvilla aus bauaufsichtlicher Sicht nicht zu erhalten ist, bringt der Bürgermeister den von uns mit getragenen Vorschlag, über einen Architektenwettbewerb auf der Fläche des Erdgeschosses eine „visuelle“ Darstellung der Villa und darüber hinaus zur Ausschreibung. Desweiteren ist ebenfalls über eine Ausschreibung seit dem 01.01.2020 den Historiker Dr. Mykola Borovyk als hauptamtlicher Mitarbeiter der Stadt Frankenberg angestellt, der tragfähige und realistisch zu verwirkli-

chende Konzepte erarbeiten soll. Diese sollen im Landtag und im Bund auf offene Ohren stoßen, damit die dazu benötigten Mittel bereitgestellt werden können. Außerdem soll Dr. Borovyk die Kommunikation und Beteiligung der Akteure vor Ort organisieren. Diese Konzepte fließen in den Antrag zur Errichtung der KZ-Gedenkstätte ein. Sie können natürlich mit unserer Unterstützung und auch aufbauend auf dem bereits erarbeiteten Konzept von Anna Schüller erarbeitet werden. Wir hoffen, die Stadt Frankenberg nimmt unser Hilfsangebot an. Gegenwärtige Aufgabe unserer LAG ist in Abstimmung mit der Stadtverwaltung Frankenberg die Errichtung eines „Pfades der Erinnerung“. Dazu werden sogenannte Informationsstelen in und um Frankenberg, insbesondere im Ortsteil Sachsenburg aufgestellt. Auf diesen sind historische Ereignisse dieser Zeit im Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus und dem KZ Sachsenburg dargestellt. Der „Pfad der Erinnerung“ kann bereits besichtigt werden.

abschließend noch ein hinweis bzw. eine einladung

Wie in jedem Jahr findet am ersten Wochenende im Juni der „Sachsenburger Dialog“ statt. In dieses Jahr steht er unter dem Motto: „Wie konnte es, beginnend vor etwa 100 Jahren, zur nationalsozialistischen Katastrophe kommen?“ Dabei wird der Vergleich zur heutigen Zeit gezogen. Es werden interessante Vorträge gehalten, u.a. von einem Aussteiger aus der Naziszene. Eine Einladung mit dem zweitägigen Programm incl. Führung durch das ehemalige KZ wird in den LinksWorten veröffentlicht.

der generalstreik gegen den kapp-putsch vor 100 Jahren

von ACHIM GRUNKE

Das Jahr 1920 brachte für Deutschland einschneidende Veränderungen. Mit dem 10. Januar traten die Bestimmungen des Versailler Friedensvertrags in Kraft. Neben den Gebietsabtretungen und den zu leistenden Reparationszahlungen gehörten dazu auch Bestimmungen über die Beschränkung der militärischen Rüstung. So musste Deutschland nach Artikel 160 des umfangreichen Vertragswerks bis zum 31. März sein Heer von 250.000 auf 100.000 Mann reduzieren, mit einer Höchstzahl von 4.000 Offizieren. Bei vielen Soldaten und mehr noch bei Offizieren löste das Existenzängste aus, bestand doch deren bisherige berufliche Qualifikation allein im Kriegshandwerk. Da zuerst die Freikorpsverbände davon betroffen waren, steigerte das deren Wut gegen die ohnehin verhasste Republik noch mehr. Schon seit Sommer 1919 bereitete eine nationalistische Gruppe um General Ludendorff und den ostpreußischen Verwaltungsbeamten Wolfgang Kapp einen Staatsstreich vor. Dazu wird im Oktober 1919 zunächst als lose Gruppe die „Nationale Vereinigung“ gegründet, die als rechtsgerichtete, antirepublikanische Vereinigung zur organisatorischen Schaltstelle des Kapp-Putsches werden wird. Als am 29. Februar 1920 angeordnet wird, die Marinebrigade Ehrhardt (eines der Freikorps) aufzulösen, sehen die Putschisten nun den geeigneten Zeitpunkt zum Losschlagen.

der putsch

Los geht es mit einem Ultimatum des Generals v. Lüttwitz, Leiter des Reichswehrgruppenkommandos I und einer Art Patron der Freikorps, der sich der Auflösung der Marinebrigaden Ehrhardt und v. Loewenfeld widersetzt hatte. Die Forderungen des Ultimatus an Reichspräsident Ebert (SPD) lauteten: Sofortige Auflösung der Nationalversammlung (die auch nach Verabschiedung der Verfassung weiter als provisorisches Parlament tätig war), Neuwahlen zum Reichstag sowie die Einsetzung einer „Expertenregierung“ von parteipolitisch nicht gebundenen „Fachministern“ in Schlüsselressorts. Lüttwitz selbst beanspruchte für sich den Posten des Chefs der Heeresleitung, der zu diesem Zeitpunkt vom ehemaligen preußischen Kriegsminister General Reinhardt bekleidet wurde.

Natürlich kann Lüttwitz nicht ernsthaft damit rechnen, dass Ebert seinem Ansinnen nachgibt. Doch wird er nicht etwa gleich verhaftet, sondern erst am folgenden Tag seines Kommandos enthoben. Gegen die Mitverschwörer Kapp und Pabst ergehen Haftbefehle, die aber nicht vollstreckt werden können, weil die beiden aus Kreisen des Berliner Polizeipräsidiums gewarnt werden. Lüttwitz begibt sich indes zur Marinebrigade Ehrhardt, die in der Nähe von Berlin liegt. Schon in den späten Abendstunden des 12. März alarmiert eine Nachricht die Reichshauptstadt: Die Marinebrigade Ehrhardt marschiert auf Berlin zu, um die amtierende Koalitionsregierung unter dem sozialdemokratischen Reichskanzler Gustav Bauer zu stürzen und die erst wenige Monate alte Republik zu beseitigen. Im Morgengrauen des 13. März rückt dann die Marinebrigade Ehrhardt (mit Hakenkreuzen an den Stahlhelmen) unter Lüttwitz' Führung in die völlig ungeschützte Hauptstadt ein und besetzt das Regierungsviertel. Der Verwaltungsbeamte Kapp wird zum neuen Reichskanzler ausgerufen. In verschiedenen Teilen des Reiches sind Reichswehrkommandeure bereit, sich den Putschisten anzuschließen. Eine Stunde nach Mitternacht versammelt Reichswehrminister Gustav Noske (SPD) die führenden Militärs in der Benderstraße. Seiner Forderung, dass man Gewalt nur mit Gewalt beantworten könne, schließt sich allein der

Chef der Heeresleitung, General Walther Reinhardt, an. Alle anderen hohen Offiziere lehnen einen Kampf gegen die Putschisten ab. „Truppe schießt nicht auf Truppe“, erklärt schließlich der Chef des Truppenamts, General Hans von Seeckt. Nun scheint das Ende der Republik gekommen zu sein.

aufzug zum generalstreik

Doch gegen die drohende Gefahr erhebt sich sofort auch Widerstand. Bereits am frühen Morgen des 13. März erscheint ein Aufruf, in dem es heißt: „Arbeiter! Parteigenossen! Der Militärputsch ist da! (...) Es geht um alles! Darum sind die schärfsten Abwehrmittel geboten. Kein Betrieb darf laufen, solange die Militärdiktatur der Ludendorffe herrscht! Deshalb legt die Arbeit nieder! Streikt! Schneidet diese reaktionären Clique die Luft ab. Kämpft mit jedem Mittel um die Erhaltung der Republik! Lasst allen Zwist beiseite! Es gibt nur ein Mittel gegen die Diktatur (...): Generalstreik auf der ganzen Linie! Proletarier vereinigt Euch! Nieder mit der Gegenrevolution!“ Unterzeichnet ist der Aufruf von den sozialdemokratischen Mitgliedern der Reichsregierung einschließlich des Reichspräsidenten und von Otto Wels für den Parteivorstand der SPD. Verfasst hat ihn der Pressesprecher der Reichskanzlei Ulrich Rauscher. Die Initiative zu diesem Aufruf ging aber vermutlich von der Partei aus, nicht von den sozialdemokratischen Regierungsmitgliedern. Damit hatte die SPD-Führung scheinbar einen Kurswechsel vor-

es in einem Aufruf der KPD-Zentrale in der Parteizeitung „Rote Fahne“ vom 14. März. Paul Levi, ein politischer Weggefährte Rosa Luxemburgs, reagierte aus dem Gefängnis darauf mit scharfer Kritik und die KPD korrigierte ihr Verhalten schon einen Tag später, um sich nicht weiter von der Arbeiterschaft zu isolieren.

Noch am 13. März erlassen Reichspräsident und Reichsregierung in Dresden einen „Aufruf an das deutsche Volk“, der den Generalstreik nicht erwehrt, wohl aber die Beamten und Soldaten zu ihrer Treupflicht gegenüber der gewählten Regierung mahnt. Die Finanzämter werden angewiesen, keine Zahlungsanweisungen der verfassungswidrigen Kapp-Regierung auszuführen. Zudem beschließen die Unterstaatssekretäre der Reichsregierung am 14. März, Weisungen nur von der verfassungsmäßigen Regierung entgegenzunehmen.

Am 14. und 15. März setzte der Generalstreik mit ganzer Wucht ein und legt das Land lahm. In den meisten Betrieben ruhte die Arbeit; der Verkehr kam zum Erliegen. In Berlin gab es weder Wasser noch Strom, noch Gas. Die Putschisten hockten in der Reichskanzlei bei Kerzenlicht, zunehmend isoliert von der Außenwelt. Eine halbwegs geordnete Regierungstätigkeit war unter diesen Umständen unmöglich. Hinzu kommt, dass die Reichsbank Zahlungen ihre verweigerte, sodass die neuen Machthaber auch finanziell auf dem Trockenen saßen.

In den verschiedensten Städten des gesamten Reichsgebiets entstanden Aktionsausschüsse, in denen Gewerkschafter, Sozialdemokraten, Unabhängige, Kommunisten und gelegentlich auch Demokraten zusammenarbeiten. Zur Abwehr des konterrevolutionären Putschs finden sich an der Basis die unterschiedlichsten Strömungen der Arbeiterbewegung wieder zusammen, die Stimmung gleicht zeitweise der in den revolutionären Novembertagen 1918. Die elementaren politischen Differenzen zwischen den linken Parteien schienen in den lokalen Aktionsausschüssen schlicht beiseite gewischt.

der putsch bricht zusammen

Am 17. März kapitulierten die Putschisten. Zuerst trat Kapp zurück, danach Lüttwitz. Die Brigade Ehrhardt zog am 18. März ab, nicht ohne zuvor am Brandenburger Tor ein Blutbad anzurichten, bei dem zwölf Menschen getötet und dreißig verletzt wurden.

Ihre Position im Generalstreik hatte nun auch das Selbstbewusstsein der Gewerkschaften gestärkt. Sie konnten den Rücktritt von Noske durchsetzen, den sie zu Recht für die reaktionären Umtriebe in der Reichswehr verantwortlich machten. Darüber hinaus verlangten sie eine „entscheidende Mitwirkung bei der Neuordnung der Verhältnisse“, vermochten die dahinter stehenden Forderungen allerdings nicht durchzusetzen.

Von einer durchgreifenden Erneuerung der Reichswehr konnte keine Rede sein. Zum Chef der Heeresleitung wurde General von Seeckt ernannt, der seine Unzuverlässigkeit gerade in der Stunde des Putsches unter Beweis gestellt hatte. Unter seiner Führung entwickelte sich die Reichswehr der Weimarer Republik zu einem „Staat im Staate“. Das den Gewerkschaften gegebene Versprechen, die bewaffneten Arbeiter im Ruhrgebiet nicht anzugreifen, wurde von der Regierung gebrochen. Anfang April 1920, kaum dass der Generalstreik beendet war, setzte sie gegen die „Rote Ruhrarmee“ ausgerechnet jene Freikorpsverbände ein, die eben noch den Putsch unterstützt hatten. Ebenso wenig gehalten wurde das Versprechen, die für den Staatsstreich Verantwortlichen zu bestrafen. Die meisten Verschwörer konnten sich einer Verhaftung entziehen.



genommen, denn seit der Jahreswende 1918/19 hatte sie alle Streikbewegungen durch das Militär niederschlagen lassen. Kaum in Dresden angekommen, wohin die Regierung geflohen war, distanzieren sich die sozialdemokratischen Minister gegenüber General Maecker wieder von dem Aufruf: Ihre Namen seien ohne ihre Einwilligung darunter gesetzt worden! Doch die Gewerkschaften machten sich die Generalstreik-Parole zu eigen und übernahmen eine Führungsrolle, SPD und USPD schlossen sich an. Die noch kleine KPD verweigerte sich anfangs: sie werde „keinen Finger rühren für die in Schmach und Schande untergegangene Regierung der Mörder Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs“, hieß

kreisvorstand aktuell

Der Kreisvorstand kam am 5. Februar in der Kreisgeschäftsstelle in Freiberg zu seiner turnusmäßigen Beratung zusammen. Es wurden folgende Schwerpunkte beraten:

Verständigung zur aktuellen politischen Lage. An diesem Tag gab es den politischen Eklat von Erfurt. Der Kreisvorstand verfolgte online die Erklärung, die die Kreisvorsitzende **MARIKA TÄNDLER-WALENTA** im Namen der Linksfraktion im Landtag an diesem Tag im "Sachsenspiegel" abgab. Der Kreisvorstand solidarisierte sich mit der abgewählten rot-rot-grünen Regierung von Bodo Ramelow und verurteilte das Verhalten der Thüringer CDU und FDP, die der AfD auf den Leim gingen.

Der Kreisvorstand bekräftigte, sich aktiv gegen das US-Manöver Defender 2020 zu stellen. Dazu gab es durch **MARKO SCHMIDT**, wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Landtagsfraktion, Informationen zum Beschluss des Bundesvorstandes vom 25. Januar und den dazu vorgesehenen Maßnahmen durch die Bundesgeschäftsstelle. Im Kreisverband wird eine Arbeitsgruppe unter Leitung von **JÖRG HOMMEL** gebildet, die in Zusammenarbeit mit dem Stadtverband Chemnitz Aktionen gegen Defender 2020 plant. Schwerpunkt in Mittelsachsen werden ganztägige Aktionen in Frankenberg am 9. April sein. Die Bundestagsfraktion und die Landtagsfraktion der LINKEN werden um Unterstützung gebeten. Die Kreistagsfraktion wird beauftragt, im Landratsamt entsprechende Anfragen einzureichen. Dem Kreisvorstand wird auf seiner Beratung am 11. März der kreisliche Maßnahmenplan gegen Defender 2020 vorgelegt.

Der Kreisvorstand beschäftigte sich mit den politischen Höhepunkten in den kommenden Monaten: dem Internationalen Frauentag am 8. März, dem Tag der Arbeit am 1. Mai und dem 75. Jahrestag der Befreiung Deutschlands vom Hitlerfaschismus. Im Mittelpunkt stand der Internationale Frauentag. (Wir informieren darüber in unserer Ausgabe). Es wurde beschlossen, auch in diesem Jahr einen Frauenpreis zu verleihen.

Die Kreisvorstandsmitglieder **TONI CHRISTOPH, EYK FECHNER UND FELIX KLUGE** informierten über die Beratungen des Landesrates und das Strukturplenum des Landesvorstandes (Auch dazu Informationen in diesem Heft).

Bestätigung der Termine der Regionalkonferenzen der Altkreise in Mittweida am 31. März und in Freiberg am 1. April. Die Regionalkonferenz im Altkreis Döbeln fand bereits am 30. Januar in Waldheim statt (dazu ein Bericht in diesem Heft). Damit wird der Zielstellung des Kreisparteitages entsprochen, die politische Arbeit im Kreisverband wieder stärker in den Altkreisen zu organisieren.

unsere jubilarer

all unseren genossinnen und genossen mit runden und halbrunden geburtstagen über sechzig sowie unseren hochbetagten geburtstagskindern gratulieren wir hiermit ganz herzlich !



Im märz 2020 wird aus diesem anlass gefeiert bei:

ANNELIES SCHLÜTER	geb. am	03.03.1927,	in	Klipphausen
ROSWITHA PLACHE	geb. am	03.03.1955,	in	Oederan
MANFRED NESTLER	geb. am	05.03.1950,	in	Großweitzschen
DIETER MUCKE	geb. am	06.03.1939,	in	Großschirma
KLAUS FANDRICH	geb. am	06.03.1936,	in	Lichtenberg
SIEGFRIED GILAT	geb. am	09.03.1932,	in	Erlau
SIEGMUND CLEMENS	geb. am	11.03.1960,	in	Chemnitz
HELGA STEINERT	geb. am	12.03.1950,	in	Königshain-Wiederau
LIESBETH MÖLLER	geb. am	13.03.1932,	in	Freiberg
SIEGFRIED THOMAS	geb. am	15.03.1938,	in	Döbeln
ILONA JUNGHANNS	geb. am	20.03.1938,	in	Augustusburg
JUTTA BOCHMANN	geb. am	20.03.1933,	in	Mulda/Sa
HORST HAMMER	geb. am	21.03.1928,	in	Wechselburg
ORTRUN KÖTZSCH	geb. am	22.03.1936,	in	St. Michaelis
SIEGLINDE WIDERA	geb. am	22.03.1934,	in	Brand-Erbisdorf
HORST SCHNEIDER	geb. am	22.03.1937,	in	Flöha
IRMGARD HAWER	geb. am	26.03.1929,	in	Geringswalde
DANUTA KLUG	geb. am	29.03.1928,	in	Brand-Erbisdorf
ERIKA RIETZSCHEL	geb. am	31.03.1938,	in	Döbeln
HEINZ KOCH	geb. am	31.03.1922,	in	Großhartmannsdorf
HANS-JOACHIM KLÖPPER	geb. am	31.03.1930,	in	Freiberg

In eigener Sache: An dieser Stelle hat in den „LinksWorten“ seit jeher die Geburtstagsliste unserer Senioren ihren Platz. Laut der neuen Datenschutzverordnung der EU dürften wir Namen eigentlich nur bei dokumentierter Zustimmung jedes einzelnen Jubilars veröffentlichen. Wir haben es in unserer Zeitung umgedreht: Genossinnen und Genossen, die an dieser Stelle nicht (oder nicht mehr) genannt werden wollen, bittet die Redaktion im Vorab um Information.

jahrestage im märz 2020

13. - 17.03. 1920: Kapp-Lüttwitz-Putsch	Umgestaltung der Landwirtschaft“ in der DDR.
15.03.1920: Bildung der Roten Ruharmee.	21.03. 1960: Massaker von Sharpville
07.03. 1945: US-amerikanische Truppen überqueren den Rhein.	21.03. 1960: Erste Ausstrahlung der Sendung „Der schwarze Kanal“.
14.03. 1945: Übertragung der Gebietshoheit für die deutschen Gebiete östlich von Oder und Neiße an Polen.	05.03. 1970: Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen tritt in Kraft.
19.03. 1945: „Nero-Befehl“ Hitlers („Taktik der verbrannten Erde“).	19.03. 1970: Treffen von Willy Stoph und Willy Brandt in Erfurt.
22.03. 1945: Gründung der Liga der Arabischen Staaten.	21.03. 1980: US-Präsident Carter kündigt Boykott der Olympischen Spiele in Moskau an.
15. - 19.03. 1950: „Stockholmer Appell“ des Weltfriedenskomitees zum Verbot der Atomwaffen.	12.03. 1990: Letzte Sitzung des Runden Tisches im Gästehaus der DDR-Regierung.
24.03. 1950: Gründung der Deutschen Akademie der Künste in der DDR.	18.03. 1990: Wahlen zur Volkskammer
14.03. 1960: Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der BRD und Israel.	20.03. 1990: Bundesregierung schlägt der DDR eine Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion vor.
15.03. 1960: Abschluss der „sozialistischen	15.03. 1995: Wolfgang Harich gestorben.
	26.03. 1995: Schengener Abkommen tritt in Kraft.

terminübersicht

februar 2020:

- 13.02. ab 10:00 Uhr Proteste gegen Nazis in Dresden, Altmarkt, unter dem Motto „Dresden nazifrei; Nazis stören“
- 15.02. 13:00 Uhr bundesweite Großdemonstration in Erfurt, Domplatz, unter dem Motto „Kein Pakt mit den Faschist*innen - niemals und nirgendwo!“
- 29.02. 10:00 Uhr Eröffnung des Bürgerbüros der LINKEN Döbeln, Bahnhofstraße 1a
- 29.02./01.03. Strategiekonferenz der LINKEN Tagungszentrum Südflügel, Kulturbahnhof Kassel

märz 2020:

- 08.03. Internationaler Frauentag
- 11.03. Sitzung des Kreisvorstandes Bürgerbüro Mittweida, Weberstraße 8
- 31.03. 18:00 Uhr Regionalkonferenz im Altkreis Mittweida Mittweida, „Schwanenschlösschen“

vorschau:

- 01.04. 18:00 Uhr Regionalkonferenz im Altkreis Freiberg Freiberg, „Regenbogenhaus“



Nach dem Eklat von Erfurt versammelten sich die Geringswalder Genoss*innen spontan, um ihre Solidarität mit Bodo Ramelow auszudrücken.



Die Zeitschrift DISPUT hat ihr Erscheinen mit der Februar-Ausgabe eingestellt. Als Begründung wird die geringe Abonnentenzahl angegeben.



Ausschnitt aus der Lokalausgabe der „freien presse“

von **GOTTFRIED JUBELT**, Ortsvorsitzender von Augustusburg

Am 27. Januar 1945 hat die Rote Armee die Überlebenden des KZ Auschwitz befreit. Seit dieser Tag den Opfern des Nationalsozialismus gewidmet. Der damalige Bundespräsident Roman Herzog hat den Gedenktag proklamiert.

Wie in vielen Städten Deutschlands fand auch in Augustusburg eine Gedenkveranstaltung statt. Am Mahnmahl auf dem Gelände der Seniorenhaus gGmbH trafen sich Bürger, Bewohner des Hauses und Stadträte zum gemeinsamen Gedenken. Schülerinnen und Schüler des DPFA Regenbogengymnasiums schlugen mit ihrem Programm einen Bogen von der Vergangenheit zur Gegenwart. Als Vertreter der Stadtverwaltung hat Herr Einert erklärt, dass der Nationalsozialismus auch in unserer Stadt schrecklich gewütet hat. Aus dem damaligen Altenstift wurden 1941 40 geistig behinderte Bewohner nach Pirna – Sonnenstein geschafft und dort umgebracht. Im Schloss Augustusburg war eine Gauleiterschule zur Ausbildung von SS – Nachwuchs untergebracht. Ende 1944 wurden im Schloss wertvolle Gegenstände aus der Reichskanzlei in Berlin eingelagert. Im April 1945 wurde das Schloss von der SS zur Sprengung vorbereitet. Mutigen Bürgern gelang es, den Schlosskommandanten und Gauleiter Mutschmann davon abzubringen. Am 8. Mai zogen Soldaten der Sowjetarmee in Augustusburg ein. Zum Abschluss der bewegenden Veranstaltung legten die Vertreter der Stadt und des Seniorenhauses am Mahnmahl Blumen nieder.

Von **DAVID RAUSCH**, Ortsverband Rochlitz-Geringswalde

An diesem 27. Januar jährt sich die Befreiung des KZ Auschwitz zum 75. Mal. Wir, die Initiativgruppe „Marsch des Lebens Rochlitz 2015“ des Ortsverbandes DIE LINKE Rochlitz-Geringswalde, sowie der Rochlitzer Geschichtsverein, haben uns in Rochlitz auch an diesem Tag, wie bereits in den vergangenen Jahren, wieder am Gedenkstein an der Kreuzung Seminarstraße/B107 (gegenüber des Muldencenters) zu einer Gedenkveranstaltung getroffen. Wir gedachten der Opfer des Holocaust und mahnen für die Zukunft. Gut informiert zu sein ist der beste Schutz gegen Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Judenhass. Die Losung NIE WIEDER darf keine Floskel sein. Im Anschluss an die Gedenkveranstaltung lief im Gymnasium ein Film über ein aktuelles Thema in Israel: „Gestatten, ich bin ein Siedler“ von Ilona Rothin. Der Gedenkstein, der 2015 errichtet wurde, erinnert an über 600 jüdische Frauen im Alter von ca. 14 bis 50 Jahren, welche überwiegend aus Ungarn stammten. Sie kamen 1944 nach der Selektion in Auschwitz über das KZ Flossenbürg zur Zwangsarbeit für die Rüstungsindustrie (Mechanik Rochlitz GmbH) zum Außenlager Rochlitz. Diese befand sich auf dem heutigen Platz des Muldencenters. Sie übernachteten im Winter 1944/45 in dürftigen Holzbaracken an der Mulde.